

Es gibt Alternativen.

**Soziale Gerechtigkeit –
für alle!**

Anmerkungen zum Landeshaushalt 2016

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

Impressum

Es gibt Alternativen.

Soziale Gerechtigkeit – für alle!
Anmerkungen zum
Landeshaushalt 2016

DIE LINKE. Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1–3
65183 Wiesbaden

Tel.: 0611-350 60 90
Fax: 0611-350 60 91
E-Mail: die-linke@ltg.hessen.de
Web: linksfraktion-hessen.de

V.i.S.d.P.
Willi van Ooyen, MdL
Fraktionsvorsitzender

Redaktion, Grafik und Satz
Hanna Hoeft, Thomas Klein und
Stefan Würzbach

Wiesbaden, Dezember 2015

Inhalt

Vorwort	4
Bewertung des Landeshaushaltes 2015	6
Soziales – Arbeit	9
Bildung – Wissenschaft – Kunst	13
Kulturförderung	17
Wirtschaft und Verkehr	18
Umwelt, Verbraucherschutz, Forst, Landwirtschaft und ländliche Räume	19
Innenpolitik – Öffentlicher Dienst – Integration	22
Recht und Tierschutz	25
Integration	27
Wohnen	29
Übersicht	31

Schwarzgrüner Haushalt 2016 steht auf tönernen Füßen Es gibt Alternativen zu einer Politik des Streichens und Kürzens

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die gravierenden Fehler der Vergangenheit holen die Landesregierung jetzt ein. Die Menschen, die vor Krieg, Not und Elend flüchten, sind dabei nicht das Problem. Die zusätzlichen Anforderungen legen nur schonungslos offen, dass Städte und Gemeinden chronisch unterfinanziert sind und der soziale Wohnungsbau über Jahrzehnte sträflich vernachlässigt wurde. Notwendige Investitionen in das Bildungswesen, die sozialen Dienste und eine leistungsfähige öffentliche Verwaltung fielen der allgemeinen Sparwut zum Opfer. Und die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst wurden für immer neue Sonderopfer herangezogen, um den Landeshaushalt zu sanieren.

Während Schwarzgrün die so genannte ‚Schuldenbremse‘ um jeden Preis einhalten will, sind Steuererhöhungen, die Menschen mit besonders hohem Einkommen und großen Vermögen, aber auch Großkonzerne und Banken treffen, tabu. Bis heute weigert sich die Landesregierung, ihrer Einnahmeverantwortung (Art. 141 der Hessischen Verfassung) nachzukommen, in dem sie z.B. im Bundesrat auf die Wiedererhebung der Vermögensteuer und die Anhebung der Besteuerung großer Erbschaften hinarbeitet. Beides sind Steuern, die Hessen seine Handlungsfähigkeit zurückgeben würden. Statt die Einnahmen zu verbessern plant die Landesregierung weitere Kürzungen bei den Investitionen, die bis 2019 um 22 Prozent unter dem Niveau des Jahres 2013 liegen sollen. Damit vernachlässigt sie die Interessen nachfolgender Generationen genauso wie die Interessen derer, die auf eine funktionierende öffentliche Infrastruktur angewiesen sind – das sind wir alle!

Auch im nächsten Jahr soll in Hessens Öffentlichem Dienst Personal abgebaut und die Beamtinnen und Beamten von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt werden. Dabei ist es besonders tragisch, dass dieser Stellenabbau vor allem durch die Streichung von 138 Plätzen für Auszubildende stattfindet.

Inzwischen ist offensichtlich, was DIE LINKE immer gesagt hat: „Schuldenbremse heißt Sozialabbau“. Dies ist nicht vereinbar mit einem demokratischen Staat, der handlungsfähig ist und Politik im Interesse des Gemeinwohls gestaltet.

Herausforderungen annehmen – es gibt Alternativen

DIE LINKE hat umfangreiche Änderungsanträge zum Landeshaushalt eingebracht. Die insgesamt 100 Änderungsanträge sind ein Versuch, die größten Ungerechtigkeiten schwarzgrüner Haushaltspolitik auszugleichen und unsere Schwerpunkte für einen echten Politikwechsel deutlich zu machen.

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag setzt dabei auf höhere Einnahmen aus einer sozialen und gerechten Steuerpolitik. Allein eine moderate Besteuerung großer Vermögen würde Hessen Mehreinnahmen von 1,5 Milliarden Euro bescheren. Darüber hinaus fordern wir auf Landesebene konkrete Schritte für höhere Einnahmen, insbesondere durch die Einstellung zusätzlicher Steuerfahnderinnen und -fahnder sowie Betriebsprüferinnen und -prüfer und durch die Einführung eines Wassercentes.

Mit den zusätzlichen Mitteln wollen wir vor allem in der Sozial- und Bildungspolitik einen echten Politikwechsel einleiten. Angesichts der aktuellen Entwicklungen sehen wir umso deutlicher, dass gerade die Kommunen in ihrer Handlungsfähigkeit gestärkt werden müssen. Sie brauchen deutlich mehr Mittel für Investitionen, auch um Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen.



v.l.n.r.: Hermann Schaus, Barbara Cárdenas, Willi van Ooyen, Janine Wissler, Marjana Schott und Dr. Ulrich Wilken

Bewertung des Landeshaushaltes 2016

Mehr Geld für Hessens Kommunen

Bereits seit Jahren sind die hessischen Kommunen unterfinanziert. Auch nach dem neuen Kommunalen Finanzausgleich bekommen sie nicht die Mittel, die notwendig wären, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können.

Daran ändert auch das Investitionsprogramm, dass die Landesregierung noch kurz vor der Kommunalwahl auf den Weg gebracht hat, nichts. Es reicht nicht einmal, um den Investitionsrückstand im Schulbereich von Wiesbaden und Frankfurt zu decken.

Die Landesregierung muss endlich ihren Verfassungsauftrag ernst nehmen und die Einnahmen des Landes durch eine Besteuerung großer Vermögen verbessern. Die Kommunen müssen so an den Einnahmen beteiligt werden, dass diese endlich ihre Aufgaben erfüllen können. Es muss Schluss sein mit der kommunalfeindlichen Politik der schwarzgrünen Schuldenbremsenkoalition.

Für eine emanzipatorische und inklusive Bildungspolitik

Selbst die schwarzgrüne Landesregierung sieht sich genötigt im kommenden Jahr zusätzliche Stellen für Lehrerinnen und Lehrer zu schaffen. Damit verbessert sie aber nicht die Lehrerversorgung, sondern reagiert darauf, dass auch Flüchtlinge ein Recht auf Bildung haben.

DIE LINKE fordert darüber hinaus echte Verbesserungen in den Schulen – für alle. Um Unterrichtsausfall zu vermeiden, Klassen zu verkleinern und die Ganztagschulen auszubauen, fordern wir langfristig 7.500 neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer. Sollten die vorgesehenen Stellen nicht zu besetzen sein, sind die hierfür vorgesehenen Mittel solange für Maßnahmen der Weiterqualifizierung von Lehrerinnen und Lehrer sowie Ausbildung neuer Lehrerinnen und Lehrer auszugeben, bis das gewünschte Personal vorhanden ist. Dem immer größer werdenden Mangel an qualifiziertem Lehrpersonal könnte so endlich wirklich begegnet werden.

Investitionen

Immer wieder wurde die Schuldenbremse in der Vergangenheit damit begründet, dass man den nachfolgenden Generationen nicht immer größere Schulden hinterlassen dürfe. Tatsächlich führt gerade die Schuldenbremsenpolitik der schwarzgrünen Landesregierung nun dazu, dass die nachfolgenden Generationen belastet werden. Bis 2019 will die Landesregierung die Investitionen um

insgesamt 22 Prozent unter das Niveau von 2013 senken. Damit wird klar, dass die Schuldenbremse vor allem dazu benutzt wird, um notwendige Ausgaben in der öffentlichen Infrastruktur zu senken. Nachfolgende Generationen müssen sich also darauf einstellen, dass die schwarzgrüne Landesregierung ihnen marode Schulen und Straßen hinterlassen will und die Energiewende verschlafen wird. Gerade bei den Investitionen zu kürzen ist alles andere als generationengerecht.

Flüchtlinge

Viele Menschen suchen gegenwärtig bei uns Schutz vor Krieg und Elend. Diese Menschen haben ein Recht darauf, bei uns sicher leben zu können. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Rechte von Flüchtlingen auf Wohnen, Bildung und soziale Teilhabe erfüllt werden. Dafür brauchen gerade die Kommunen aber deutlich mehr Geld. Das Land hat den Kommunen bisher noch nicht die dringend benötigten Mittel bereit gestellt. Hier ist deutlich mehr zu fordern, als bisher festgelegt wurde. Auch, damit die Kommunen den Flüchtlingen gerecht werden können, ohne andere Aufgaben vernachlässigen und die kommunalen Leistungen kürzen zu müssen. Eine Anhebung der Pauschalen (diese bekommen die Kommunen für die Unterbringung von Flüchtlingen vom Land) auf 1.000 Euro ist notwendig, um Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen. Dieser Betrag würde die Kommunen insgesamt wieder handlungsfähiger machen.

DIE LINKE empfindet, dass vieles von dem, was nun gefordert wird, ein Schritt in die richtige Richtung ist, um Hessen für alle Menschen lebenswerter zu machen. Allerdings werden diese Forderungen damit begründet, dass ein besonderer Bedarf aufgrund hoher Flüchtlingszahlen bestünde. DIE LINKE hat jedoch schon seit Jahren auf die Probleme von Sozialem Wohnungsbau, dem Defizit an Lehrerstellen und zu wenig Mitteln für die Kommunen aufmerksam gemacht. Die Erfüllung dieser Forderungen müssen auch dann weiter bestehen, wenn aus Flüchtlingen Mitbürgerinnen und Mitbürger geworden sind.

Wohnen ist ein Menschenrecht

Auch im Bereich der Förderung des Sozialen Wohnungsbaus sieht die schwarzgrüne Landesregierung den Bedarf erst durch die hohe Zahl an Menschen begründet, die bei uns Schutz suchen. Richtig ist aber, dass Wohnungsnot in den Ballungsräumen bereits seit Jahren besteht. DIE LINKE fordert deutlich mehr Geld für den Sozialen Wohnungsbau und für die Wohnraumversorgung Studierender bereit zu stellen. Außerdem soll der Bestand an Wohneinheiten für studentische Nutzung in Hessen jährlich um 2.000 Einheiten erhöht werden.

Der Neubau studentischen Wohnraums soll aus Landesmitteln mit 20.000 Euro je Einheit gefördert werden.

Um den langjährigen Rückgang an Sozialwohnungen umzukehren und zukünftig den Bestand wieder zu steigern, soll das Land Hessen Mittel zur Verfügung stellen, um 10.000 neue Sozialwohnungen pro Jahr errichten zu können.

Haushaltsanierung auf dem Rücken der Beamtinnen und Beamten

Seit DIE LINKE im Landtag vertreten ist, hat sie sich für eine angemessene Besoldung und für angemessene Arbeitsbedingungen der hessischen Beamtinnen und Beamten eingesetzt. Wir fordern die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des gesamten Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten. Rein gar nichts hat sich für die Beamtinnen und Beamten im Landesdienst mit der neuen schwarzgrünen Regierung verbessert.

Im Gegenteil: 2015 mussten die Beamtinnen und Beamten Kürzungen bei der Krankenversorgung und eine Nullrunde bei der Besoldung hinnehmen. Aber auch 2016 will die Landesregierung die Einkommen der Beamtinnen und Beamten von der allgemeinen Lohnentwicklung abkoppeln und die Besoldung um höchstens ein Prozent anpassen.

Und das alles bei der mit einer 42-Stunden-Woche längsten Arbeitszeit in ganz Deutschland. Eine solch obrigkeitsstaatliche Alimentierung der Beamtinnen und Beamten – rein nach Kassenlage – führt zu weiteren Frustrationen, Demotivierung und ist schlichtweg verfassungswidrig.



Soziales – Arbeit

Konnexitätsgerechter Ausgleich Kinderbetreuung **+179 Mio. Euro**

Die hessischen Kommunen zahlen im Schnitt 71 Prozent der Kinderbetreuungskosten selbst, der Rest kommt aus den Elternbeiträgen und den Pauschalen des Landes. Die Beteiligung des Landes muss schrittweise erhöht werden. Die Mittel, die beim Bund für das Erziehungsgeld frei wurden, sollen dafür eingesetzt werden. Zusätzlich sind allerdings enorme Anstrengungen von Seiten des Landes (und des Bundes) erforderlich, um die Kommunen in die Lage zu versetzen, auch künftig eine qualitativ gute und für die Eltern bezahlbare bzw. perspektivisch kostenlose Kinderbetreuung zu leisten. Die Erzieherinnen und Erzieher müssen entsprechend der steigenden Anforderungen besser bezahlt werden.

Hessisches Gleichberechtigungsgesetz **+140 Tsd. Euro**

Mit der Verabschiedung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes wird eine zentrale, unabhängige Stelle eingerichtet. Sie hat die Wirksamkeit und Durchsetzung des Gesetzes zu beobachten und Weiterentwicklungen voranzutreiben. Außerdem ist diese Einrichtung für die Beratung und Unterstützung der Frauenbeauftragten erforderlich, damit diese die anspruchsvolle Arbeit in den verschiedenen Einrichtungen vor Ort gut leisten können.

Unabhängige Erwerbslosenberatung **+800 Tsd. Euro**

Erwerbslose und andere ALG-II-Empfängerinnen und -Empfänger fühlen sich nicht selten wehrlos der Bürokratie ausgeliefert. Sie wissen oft nicht, welche Rechte und Möglichkeiten sie haben, wann eine Entscheidung anfechtbar ist und wann nicht. Da sie keine Möglichkeit haben auf eigene Kosten Rechtsberatung einzuholen, kommt es zu Sanktionen, Schulden, Energieabschaltungen, Wohnungsverlust und vielem mehr. Diese Menschen brauchen Unterstützung und Hilfe. Dafür ist es notwendig, die in Hessen ansässigen und noch zu entwickelnden, flächendeckenden Erwerbslosenberatungs- und Unterstützungseinrichtungen zu fördern. Diese können die Betroffenen bei den Besuchen in den Ämtern begleiten, beraten und die Selbsthilfe unterstützen. In Niedersachsen wurde ein ähnliches Programm 2015 aufgelegt.

Krankenhausfinanzierung verbessern **+20 Mio. Euro**

Die hessischen Krankenhäuser leiden unter einem erheblichen Investitionsstau. Dieser führt zu hohen Defiziten bei der Mehrzahl der Krankenhäuser. Zusätzlich wird Personal abgebaut um die Kosten zu senken. Dies führt zu Qualitätseinbußen und einem erhöhten Arbeitsdruck. Durch das Krankenhausstrukturreform-

gesetz des Bundes sind zahlreiche kleinere Kliniken in ihrem Bestand gefährdet. Diese sind allerdings für die regionale Versorgung der Bevölkerung erforderlich. Die zusätzlichen Mittel des Landes sollen kommunale Krankenhäuser fördern. Viele sind in finanzielle Schieflage geraten und bemühen sich, Konzepte zu entwickeln, um diese schwierige Situation zu meistern.

Ambulante Hilfen für psychisch kranke Menschen **+1,5 Mio. Euro**

Um Krankenhausaufenthalte von Menschen mit psychischen Erkrankungen zu verhindern, ist eine gut organisierte und ausgebaute ambulante Infrastruktur erforderlich. Langfristig müssen die sozialpsychiatrischen Dienste in allen Kreisen und kreisfreien Städten entsprechend der Empfehlungen der Enquetekommission ausgebaut werden.

Beschäftigung statt Arbeitslosigkeit finanzieren **+12,5 Mio. Euro**

In gemeinnützigen Sozialbetrieben werden unbefristete und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen, die zusätzlich zu Pflichtaufgaben und vorhandenen Stellen eingerichtet werden. Die Arbeitslosen können nur an diesem Programm partizipieren, wenn sie freiwillig einen solchen Arbeitsplatz annehmen. Es dürfen keine Sanktionen ausgesprochen werden. Die Arbeitsplätze werden tariflich bezahlt, so dass man vom Gehalt leben kann. Hessen sollte sich hier ein Beispiel an Thüringen nehmen. Dort wurde 2015 das Programm ‚Öffentlich geförderte Beschäftigung und gemeinwohlorientierte Arbeit‘ geschaffen, bei dem die Bundesagentur für Arbeit die für die Eingliederungsleistungen nach dem SGB II zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel nutzt. Ein Bestandteil des öffentlichen Beschäftigungssektors in Hessen sollen Energiesparagenturen sein. Für Menschen mit niedrigem Einkommen bietet diese Agentur Energieberatung an. Sie unterstützt – auch mit finanziellen Anreizen – die Anschaffung energiesparender Haushaltsgeräte. Hierfür sind 2,5 Millionen Euro vorgesehen.

Berufliche Integrationsmaßnahmen **+1,2 Mio. Euro**

Ein Programm zur beruflichen (Wieder-)Eingliederung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt wird auf Landesebene aufgelegt. Einrichtungen, die bereits Erfahrung in der Beratung und dem Coaching von Frauen haben, können sich für entsprechende Maßnahmen bewerben. Die Landesmittel für die Arbeitsprojekte zur Qualifizierung suchtkranker Menschen wurden aus dem Landeshaushalt gestrichen, die EU-Förderung ist ausgelaufen. Diese Projekte sind ein existenzieller Baustein für die Rehabilitation und Versorgung von suchtkranken Menschen im Suchthilfesystem und müssen in die Regelfinanzierung aufgenommen werden.

Kommunen bei Ärzteansiedlung unterstützen

+1 Mio. Euro

In vielen ländlichen Regionen fehlen bereits heute Allgemeinmedizinerinnen und -mediziner, so dass Patientinnen und Patienten bei der Aufgabe einer Praxis keine Ärztin bzw. keinen Arzt mehr in ihrer Nähe finden. In den nächsten Jahren wird dieses Problem aufgrund des hohen Altersdurchschnittes erheblich zunehmen. Ähnliches gilt für einige Fachärztinnen und -ärzte, insbesondere in der Kinderheilkunde und Psychiatrie. Mit der Zuwanderung wächst der Bedarf an guter gesundheitlicher Versorgung.

2016 werden in allen Kreisen Gesundheitskonferenzen eingerichtet, die von den Kreisen und kreisfreien Städten koordiniert werden. In diesen ständigen Konferenzen erfolgt die Planung der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung in Zusammenarbeit mit Kassen, der KVH, den Ärztevertreterinnen und -vertretern vor Ort, der stationären Versorgung und den anderen Beteiligten im Gesundheitswesen. Der Haushaltsansatz wird den Kommunen für die Koordinierungsarbeit dieser Gesundheitskonferenzen zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus sollen Kommunen mit diesem Programm Unterstützung für eine Ansiedlung von Ärztinnen und Ärzten finden, z.B. durch den Ankauf von Gemeinschaftspraxen oder die Einrichtung von medizinischen Versorgungszentren.

Ombudsstelle Kinderrechte

+120 Tsd. Euro

Die Ombudsstelle Kinderrechte ist in Hessen Anlaufpunkt, unabhängige Beratungsstelle und rechtliche Unterstützung für Kinder und Jugendliche sowie junge Erwachsene und ihre Familien, die rechtliche Informationen, insbesondere im Rahmen der Jugendhilfe, benötigen. Zusätzlich zu Diakonie und dem Caritasverband ist die Liga der Wohlfahrtsverbände in die Arbeit eingestiegen, Anfang 2016 wird ein Verein gegründet.

Jetzt ist unbedingt das Engagement des Landes erforderlich, da es sich um eine Maßnahme zur Umsetzung der bereits fast seit 25 Jahren bestehenden UN-Kinderrechtskonvention handelt, die fordert, Kindern und Jugendlichen eine Anlaufstelle zu geben, damit sie sich über ihre Rechte informieren und sie letztendlich auch durchsetzen können.

Teilhabekarte ernsthaft auf den Weg bringen

+760 Tsd. Euro

Bereits im letzten Haushalt gab es den Ansatz mit 100.000 Euro ein Konzept für die Einführung einer Teilhabekarte für Menschen mit niedrigen Einkommen zu erarbeiten. Bisher ist nichts passiert. Es wird mehr Geld gebraucht, um die Kommunen in die Lage zu versetzen mit dem Land, den Verkehrsbetrieben, den kommunalen Einrichtungen, Vereinen und Unternehmen Verhandlungen für eine

Teilhabekarte zu führen. Eine solche Karte würde die ermäßigte Nutzung des Nahverkehrs, den Besuch von Theatern, Schwimmbädern und anderen Einrichtungen ermöglichen.

Qualität der Altenpflegeausbildung sichern

+6,8 Mio. Euro

Eine menschenwürdige Pflege älterer Menschen sollte selbstverständlich sein. Von Seiten der hessischen Landesregierung wird aber an der Ausbildung der Fachkräfte gespart. Das Schulgeld ist von 2002 bis 2015 nicht mehr erhöht und zusätzlich 2011 gekürzt worden. Die aktuelle Erhöhung (angekündigt für 2016) gleicht die Kosten nicht aus und soll nur für die neuen Jahrgänge gelten. DIE LINKE fordert eine bessere Finanzierung und eine hochwertige Ausbildung von mehr Pflegekräften.

Gehörlosen-Geld einführen

+1,4 Mio. Euro

Wir wollen analog zum Blindengeld gehörlose Menschen finanziell unterstützen. Nach dem Vorbild anderer Bundesländer sollen die durch Gehörlosigkeit entstehenden Mehrausgaben ausgeglichen werden.

Foto: Alexander Rathes | fotolia.com



Bildung – Wissenschaft – Kunst

**„Qualitätsoffensive Bildung“: Für kleinere Klassen, +352 Mio. Euro
Inklusion an Schulen, tatsächliche Unterrichtsabdeckung, wirkliche
Lernmittelfreiheit, bessere Arbeitsbedingungen und Ganztagschulen**

Wir wollen Schulen, die frei von Diskriminierung sind und sich jeder Schülerin und jedes Schülers individuell annehmen. Wir wollen eine Bildungspolitik, die sich nicht am Mittelvorbehalt orientiert, sondern bedarfsgerecht agiert, die Inklusion ernst nimmt und endlich ‚echte Ganztagschulen‘, insbesondere im Grundschulbereich schafft.

Neben der Abschaffung des Mittelvorbehalts sind dafür auch nach wie vor langfristig rund 7.500 Lehrerstellen zu schaffen. Zunächst sind 4.950 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer notwendig:

- Zur Umwandlung möglichst vieler Schulen in ganztägig arbeitende Schulen, die ihren Schulalltag rhythmisieren wollen, sind sofort 2.500 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer einzustellen.
- Um überhaupt die Abdeckung der Stundentafel sicherzustellen, muss endlich eine tatsächliche 100-Prozent-Zuweisung an allen Schulen erfolgen – eine durchschnittliche, hundertprozentige Abdeckung, wie sie von der Landesregierung nun angestrebt wird, ist unzureichend. Für eine wirkliche 100-Prozent-Versorgung sind de facto 500 neue Stellen erforderlich.
- Die Klassengrößen lassen eine individuelle Förderung – inklusive Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung – nicht und gute Pädagogik nur schwer zu. Deshalb sollen mittelfristig alle Klassen um 20 Prozent verkleinert werden. Dafür sind 500 zusätzliche Stellen notwendig.
- Nicht zuletzt müssen wegen der deutlichen Zunahme vielfältiger Zusatzaufgaben, mit denen Lehrerinnen und Lehrer sowie Schulleitungen in den letzten Jahren konfrontiert wurden, die so genannten Schuldeputate deutlich verbessert werden. Hiermit könnte den besonders hoch belasteten Lehrkräften durch Beschluss der Gesamtkonferenz wenigstens teilweise ein zeitlicher Ausgleich gewährt werden. Für die dringend erforderliche Realisierung dieser Maßnahme ergibt sich ein zusätzlicher Bedarf von 1.000 Stellen.
- Zur verstärkten Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund muss DAZ (Deutsch als Zweitsprache) mit zusätzlichen 450 Lehrerstellen ausgebaut werden.

Sollten die vorgesehenen Stellen nicht zu besetzen sein, sind die hierfür vorgesehenen Mittel solange für Maßnahmen der Ausbildung und Weiterqualifizierung von Lehrerinnen und Lehrern auszugeben, bis das gewünschte Personal vorhanden ist. Dem immer größer werdenden Mangel an qualifiziertem Lehrpersonal wird so endlich wirklich begegnet. Als nächster Schritt ist nach Abschluss der Einstellungen der schrittweise Ausbau einer zehnpromzentigen Vertretungsreserve angedacht, die bei Bedarf auch neue Aufgaben im Bereich inklusiver Beschulung übernehmen soll.

Qualitativ hochwertige Schülerbeförderung für Alle **+30 Mio. Euro**

Um die tatsächliche Übernahme aller Schülerfahrtkosten zu erreichen, werden in einem ersten Schritt sofort 30 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, als abrufbare Sofortmaßnahme für entsprechende Programme für Kommunen. Darunter fällt auch die Vorfinanzierung von Fahrkarten für Kinder.

Bessere Prävention und Integration durch Ausbau von Schulsozialarbeit und schulpsychologischem Dienst an Schulen **+180 Mio. Euro**

Der notwendige Ausbau von ganztägig arbeitenden Schulen, die Anforderungen von Inklusion und die schwierigen Entwicklungen an manchen Schulen erfordern dringend den Einsatz von zusätzlichem Fachpersonal. Wir fordern die Schaffung von 1.200 neuen Stellen für Lehrerinnen und Lehrer. Zusätzlich fordern wir eine Aufstockung der Stellen im Bereich der Schulsozialarbeit und dem schulpsychologischen Dienst.

Programm ‚Jedem Kind ein Instrument‘ (JeKi) ausbauen **+900 Tsd. Euro**

Wir fordern einen Ausbau des Projekts ‚Jedem Kind ein Instrument‘, um noch mehr Schulen die Möglichkeit zu geben, sich an diesem Projekt zu beteiligen.

Versteckte Gebühren abschaffen – Lernmittelfreiheit sicherstellen **+12 Mio. Euro**

An vielen hessischen Schulen wird zum Beispiel eine ‚Kopierpauschale‘ für notwendige Unterrichtsmaterialien erhoben. Der Schulbesuch muss für Schülerinnen und Schüler ohne zusätzliche Kosten für Lehr- und Lernmaterial ermöglicht werden. Wir fordern die wirkliche Herstellung der Lehr- und Lernmittelfreiheit. Das heißt, alle schulelevanten Lehr- und Lernmaterialien müssen den Kindern und Jugendlichen kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Es sollte mehr dabei herauspringen, als nur die Erstattung von Kopierpauschalen.

Inklusion: Einrichtung von Beratungs- und Koordinationsstellen der LAG Hessen ‚Gemeinsam Leben‘

+1,2 Mio. Euro

Es sollen wohnortnahe und von staatlichen Schulämtern unabhängige, kompetente Anlaufstellen, v.a. für Eltern von Kindern mit Behinderung, eingerichtet werden. Diese sollen in allen Fragen der vorschulischen und schulischen Integration und Inklusion fachkundig und fallbezogen beraten. Die Beratung soll für Eltern kostenlos sein und sich an deren Wünschen und Zielen orientieren.

Auch Fachpersonen aus Schulen sowie Frühförderstellen, Kindergärten, Kindertagesstätten etc. sollen die Beratung wahrnehmen können. Auf Wunsch sollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch als Referentinnen und Referenten für regionale Veranstaltungen angefragt werden können.

Teilnahme am EU-geförderten Schulobstprogramm

+500 Tsd. Euro

Um insbesondere Kindern und Jugendlichen aus finanziell schlechter gestellten Familien während des Schultages die Möglichkeit zu geben, gesunde Nahrungsmittel zu sich zu nehmen, soll sich das Land Hessen an dem zu 75 Prozent aus EU-Mitteln geförderten Schulobstprogramm beteiligen.

Lebenslanges Lernen

+2 Mio. Euro

Um die Existenz und Arbeitsfähigkeit der Volkshochschulen zu sichern, müssen die Mittel erhöht werden. Ebenfalls muss eine Erhöhung des Zuschusses für freie Träger der Erwachsenenbildung für zusätzliche Unterrichtseinheiten stattfinden.

Foto: moodboard | 5258343 | fotolia.com



Abschaffung der Schulinspektionen und der zentralen Lernstandserhebungen

-5,3 Mio. Euro

Um Schulen zu einem wirklichen Ort des Lebens zu machen, mit engagierten Lehrerinnen und Lehrern, engagierten Eltern und individuell geförderten Kindern und Jugendlichen sind diese Instrumente nicht geeignet. Sie spiegeln weder die individuellen Fortschritte noch die tatsächliche Schulqualität wieder.

Dafür muss die Kürzung der Lehrerstellen an Gymnasien zurückgenommen werden

+4 Mio. Euro

Guter und verlässlicher Schulunterricht kann nur dann garantiert werden, wenn die Lehrerinnen- und Lehrerstellen aufgestockt und ausgebaut statt weggekürzt werden. Die Kürzungen sind absolut inakzeptabel und müssen zurückgenommen werden.

Sicherstellung der Arbeit der Studierendenwerke zur sozialen Absicherung der Studierenden

+160 Mio. Euro

Das Land hat sich in den letzten Jahren sukzessive aus der Finanzierung der Studierendenwerke zurückgezogen. Um diesen eine ihren Aufgaben entsprechende Finanzierung zu ermöglichen, ist eine deutliche Erhöhung der Landeszuschüsse nötig.

Programm zur Renovierung und Sanierung von Studierendenwohnheimen

+40 Mio. Euro

Viele studentische Wohnheime und andere Immobilien der hessischen Studierendenwerke sind marode und baufällig. Analog zum staatlichen Hochschulprogramm HEUREKA (Hochschul Entwicklungs- und Umbauprogramm: Runderneuerung, Konzentration und Ausbau von Forschung und Lehre in Hessen) fordern wir ein Programm zur Sanierung der Studierendenwohnheime.

Bildung für alle – statt Eliteschmieden für Privilegierte!

-1,3 Mio. Euro

Während öffentlichen Hochschulen in Hessen Mittel in Millionenhöhe gekürzt wurden, fördert das Land mit der European Business School (EBS) eine private Elitehochschule. Die staatliche Subventionierung einer Hochschule, die privatwirtschaftlich organisiert ist und einen Semesterbeitrag von 12.000 Euro verlangt, lehnen wir ab.

Rückkauf des UKGM**+50 Mio. Euro**

Die Privatisierung des Uniklinikums Gießen und Marburg war von vorne herein ein Fehler, dessen Auswirkungen alle – sowohl die Patientinnen und Patienten als auch die Beschäftigten am Klinikum – getroffen haben.

Kompetenzstelle Zivilklausel**+100 Tsd. Euro**

Mit der Schaffung einer Kompetenzstelle Zivilklausel soll den Forscherinnen und Forschern an den hessischen Hochschulen eine Beratungs- und Prüfstelle an die Seite gestellt werden, deren Aufgabe es ist, Forschungsprojekte auf ihre zivile und friedliche Ausrichtung hin zu überprüfen und den ‚dual use‘ auszuschießen.

Kulturförderung**Museumsförderung an tatsächlichen Bedarf anpassen****+1,3 Mio. Euro**

Der Hessische Museumsverband übernimmt wesentliche Leistungen, die in anderen Bundesländern von staatlichen Stellen geleistet werden. Dafür erhält er vom Land Hessen eine unzureichende finanzielle Förderung. Die Mittel für die Projektförderung der staatlichen und privaten Museen sollen entsprechend dem tatsächlichen Bedarf verdoppelt werden. Jugendkunstschulen und Künstler_innen- und Kunstvereine sollen einen Ausgleich für seit langem nicht angepasste Förderung erhalten.

Anpassung der Fördermittel für die Organisationen und Verbände in der Film-, Literatur- und Musikförderung**+670 Tsd. Euro**

Die Haushaltsmittel, mit denen die Verbände und Einrichtungen Leistungen für Kunst und Kultur in Hessen erbringen, sind zum Teil seit mehr als zehn Jahren nicht mehr der laufenden Preisentwicklung angepasst worden.

Wirtschaft und Verkehr

Überbetriebliche Berufsausbildung stärken ... **+1 Mio. Euro**

Viele Betriebe, die allein nicht die Möglichkeit haben auszubilden, schließen sich zu Ausbildungsverbänden zusammen und bieten so praxisnahe Ausbildungsplätze an. Angesichts des chronischen Mangels an betrieblichen Ausbildungsplätzen wollen wir diese Initiativen ausbauen und mit Landesmitteln fördern.

... und Altbewerberförderung ausbauen **+1,5 Mio. Euro**

Die Mittel zur Förderung der Ausbildung von Jugendlichen, die seit längerem vergeblich einen Ausbildungsplatz suchen, müssen erhöht werden. Die letzten Landesregierungen haben ihnen wiederholt die Fördermittel gekürzt.

Angesichts von fast 10.000 Betroffenen in Hessen darf es nicht sein, dass der Landeshaushalt ausgerechnet auf Kosten dieser jungen Menschen saniert werden soll.

ÖPNV verbessern, günstiger und klimaneutral machen **+94 Mio. Euro**

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist einer der größten Arbeitgeber im Land und bietet Mobilität gerade für junge Menschen und Senioren sowie für Menschen ohne PKW. Er leistet außerdem einen unentbehrlichen Beitrag zur Senkung des verkehrsbedingten Abgasausstoßes. Aber der ÖPNV in Hessen wird seit Jahren unzureichend finanziert. Im ländlichen Raum ist das Angebot kaum noch alltagstauglich. Für Investitionen und zur Förderung des laufenden Betriebs wollen wir je 40 Millionen Euro Landesmittel zusätzlich einstellen. Diese Mittel sollen auch verwendet werden, um Fahrpreise zu senken und Machbarkeitsstudien für eine umlagefinanzierte ‚ÖPNV-Flatrate‘ für alle zu finanzieren – sowie lokale Pilotprojekte für einen solchen ‚fahrtscheinlosen‘ Nahverkehr anzustoßen.

Außerdem sollen 14 Millionen Euro in ein Pilotprojekt für ein klimaneutrales ÖPNV-Angebot fließen, um den CO₂-Ausstoß zu senken und so vor Ort einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Beweglich bleiben – Fahrradverkehr fördern **+510 Tsd. Euro**

Hessen verfügt über ein gutes Radwegenetz. Um dessen Nutzung zu fördern und gerade den innerstädtischen Verkehr aufs Rad umzulenken, schlagen wir eine Werbekampagne für die Nutzung von Fahrrädern und Radwegen vor. Außerdem wollen wir Anbieter von Radfahrkursen für Erwachsene fördern – auch ein Beitrag zur Integration und zur Erhöhung der Mobilität von Migrant_innen.

Entwicklungszusammenarbeit stärken

+261 Tsd. Euro

Zahlreiche Gruppen und Organisationen in Hessen engagieren sich für die Entwicklungszusammenarbeit. Hier geht es um drängende soziale und ökologische Anliegen, die Menschen in Entwicklungsländern, aber auch hier in Hessen unmittelbar betreffen. Die Ministerpräsidenten aller Bundesländer haben sich verpflichtet, ihre Anstrengungen in diesem Bereich auszuweiten. Hessen hinkt hier weit hinterher. Wir fordern eine deutliche Erhöhung der Mittel für die internationale Entwicklungszusammenarbeit, da Deutschland das international vereinbarte Ziel von 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung weiter erheblich verfehlt.

Umwelt, Verbraucherschutz, Forst, Landwirtschaft und ländliche Räume

Energie- und Stoffeffizienz in Klärwerken steigern –

+15 Mio. Euro

nachhaltigerer Umgang mit der endlichen Ressource Phosphor ist dringend notwendig

Die 725 kommunalen Abwasserbehandlungsanlagen in Hessen sind für ca. 20 Prozent des Stromverbrauchs aller kommunalen Einrichtungen verantwortlich. Aus den Klärschlämmen und weiteren organischen Abfällen kann Biogas erzeugt werden, aus dem in Kraftwärmekopplung Strom und Wärme hergestellt wird. 25 bis 50 Prozent des Energieverbrauchs der Abwasserreinigung kann eingespart werden. Phosphor ist für alle Lebewesen unersetzlich und neben Stickstoff die wichtigste Grundlage für Pflanzenwachstum und Hauptbestandteil von Pflanzendünger. Phosphor ist ein immer knapper werdender Mineralstoff. In den Gewässern wird es aber zum Problem, weil es dort das Algenwachstum beschleunigt. In Zukunft muss Phosphor aus den Abwässern zurückgewonnen werden. Diese Möglichkeit wollen wir mit Landesmitteln voranbringen.

Nachhaltiger Waldbau, Umweltbildung und mehr Beschäftigte in hessischen Wäldern

+7,7 Mio. Euro

Seit der ‚Operation düstere Zukunft‘ 2003 werden bei Hessen Forst Stellen abgebaut. Die personelle Fehlplanung führt zu höherem Arbeitsdruck und das bei stetig steigendem Durchschnittsalter der Beschäftigten. Auch wird in den Forstbetrieben nicht genug ausgebildet. Förster und Waldarbeiter können den gesetzlich festgeschriebenen Bildungsaufgaben und einem zertifizierten nachhaltigen Waldbau nicht nachkommen. Für die Arbeiten im Forst sind deshalb 200 neue Waldarbeiter_innen und 100 Auszubildende einzustellen. Zusätzlich muss jede Revierförsterei mindestens eine Forstwirtschaftlerin oder einen Forstwirtschaftler zugeordnet werden. Der Personalbedarf liegt bei 100 bis 150 Stellen.

Klimaerwärmung deutlich unter zwei Grad: +1,6 Mio. Euro
Dazu braucht Hessen einen guten Plan und Umsetzungskontrollen 2016

Den Klimawandel einzudämmen und die Erarbeitung von Maßnahmen zur Anpassung an die aktuelle, nicht abzuwendende Temperaturerhöhung, sind vorrangige Aufgaben. Ein Klimaschutzplan für Hessen mit konkreten Treibhausgasreduktionszielen bis 2050, muss fachübergreifend erarbeitet und Klimaschutzmaßnahmen aktuell umgesetzt werden. Dazu braucht das Fachzentrum Klimawandel zusätzliche Mittel.

Verbraucherschutz und Lebensmittelüberwachung +1,1 Mio. Euro
stärken – Verbraucherrechte ausweiten

Immer mehr Menschen haben Beratungsbedarf bei der Auswahl und dem Wechsel von Telefon-, Strom- oder Gasanbietern, bei Internet- und Bankgeschäften, der Auswahl einer zusätzlichen Altersversorgung oder dem täglichen Einkauf von z.B. gentechnikfreien Nahrungsmitteln. Die erhöhte Förderung durch das Land Hessen führt die Mittel für die Verbraucherzentrale gerade einmal auf das Niveau von 2003 zurück.

50 Cent pro Einwohner_in für die Beratungstätigkeiten, eine Erhöhung der Projekt- sowie Personalmittel sind für einen guten Verbraucherschutz aber mindestens notwendig. Zudem erhöht die Industrialisierung und Internationalisierung der Lebensmittelproduktion die Anforderungen an eine Überwachung unserer Nahrung stetig. Deshalb muss die Lebensmittelüberwachung gestärkt werden.

Gesamtbelastungsstudie qualifizieren, +845 Tsd. Euro
umweltökonomische Bilanz erarbeiten

Stickoxide, Feinstaub, Lärm und Flächenfraß. Das Land kann seiner zentralen Aufsichtspflicht im Bereich der Umweltüberwachung nicht nachkommen. Zur Einschätzung der komplexen Umweltbelastungen für Menschen in Ballungsräumen und als Planungshilfe brauchen wir Langzeituntersuchungen mit Human- und Bio-Monitoring. Die Frage, wie viel uns das ungebremsste Wachstum kostet, muss für den Flughafen und andere Großprojekte beantwortet werden. Das Human-Biomonitoring soll Teil der Umweltüberwachung werden und als Grundlage für eine raumverträgliche Flächennutzungsplanung sowie der Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) dienen. Zusammen mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern sowie den Umweltverbänden und Fachleuten aus Wissenschaft und Verwaltung soll ein solches Programm erarbeitet werden.

Beirat für sicheren Rückbau des AKW Biblis

+100 Tsd. Euro

Der sichere Rückbau der beiden Reaktorblöcke in Biblis wird die Menschen in der Region noch über Jahrzehnte beschäftigen. Die Planungen und Arbeiten sollen gemäß der „Bensheimer Erklärung“ (2012) von einem unabhängigen Beirat öffentlich und kritisch begleitet werden.

Der Beirat muss an allen Rückbausritten beteiligt sein und auch die Möglichkeit haben, unabhängige Gutachter zu beauftragen. Die Mittel zur Einrichtung und Finanzierung eines unabhängigen Beirates sind bis zum Ende des Rückbaus fortzuschreiben.

Hessenforst muss Kommunen Flächen für die Windenergie pachtfrei zu Verfügung stellen

-1,6 Mio. Euro

Dem Landesbetrieb Hessen-Forst gehört ein Großteil der Waldflächen. Die hohe Pacht, die Hessen-Forst für die Nutzung als Windenergieflächen verlangt, erschweren Investitionen und bremsen den Ausbau, der für den Endkunden preiswerten Onshore-Windenergie in Hessen.

Der Landesbetrieb Hessen-Forst stellt kommunalen Energiegenossenschaften, Kommunen und Landkreisen Waldflächen für die Windenergienutzung pachtfrei zu Verfügung. Dadurch profitieren die Menschen doppelt: Vom Klimaschutz und von den Mehreinnahmen durch die Windkraftanlagen. So schaffen wir auch mehr Akzeptanz für die Energiewende.

Wasserentnahmeentgeld Einnahmen

75 Mio. Euro

Als umweltökonomisches Steuerungsinstrument ist die Einführung und Erhöhung verbrauchsabhängiger Abgaben auf Ressourcen prinzipiell zu begrüßen. Sie unterstützen den Schutz der natürlichen Ressourcen und fördern einen sparsamen Verbrauch. Zusammen mit einer geringeren Besteuerung von Arbeit ist diese ein Lenkungsinstrument für eine nachhaltige Ressourcennutzung sowie den sozial-ökologischen Umbau.

Aus dem Wasserentnahmeentgeld sollen Projekte einer nachhaltigen und ökologischen Ressourcennutzung – die wiederum positive volkswirtschaftliche Effekte haben – sowie die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie finanziert werden.

Innenpolitik

Privatisierungen stoppen –

-5 Mio. Euro

Wirtschaft und Kommunen demokratisieren!

Unter den Ministerpräsidenten Koch und Bouffier wurde Hessen zu einem Musterland der Privatisierung: Gebäude, Energieversorger, Krankenhäuser, Schulen und selbst Gefängnisse wurden verkauft oder teilprivatisiert, obwohl hierdurch nachweislich hohe Defizite, Verschlechterungen für die Allgemeinheit und ein Abbau von Rechten der Beschäftigten einher gingen. DIE LINKE möchte diese Politik beenden und die öffentliche Infrastruktur stärken. Das so genannte ‚Kompetenzzentrum PPP‘, mit welchem das Land Hessen weitere Privatisierungen fördert, soll aufgelöst werden.

Hessens Regionen und öffentliche Infrastruktur stärken **+355 Tsd. Euro**

Von Gesundheit, über Energie bis zur Mobilität: Die Kommunen und Menschen vor Ort brauchen eine gute öffentliche Infrastruktur in kommunaler Selbstverwaltung, statt Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg aus fernen Konzernzentralen. Mensch und Umwelt sollen in Hessen im Zentrum stehen. Das Land Hessen soll die Kommunen deshalb mit dem ‚Kompetenzzentrum für Re-Kommunalisierung‘ qualifiziert beraten, um öffentliche Leistungen, wie die der Energieversorgung, der Gesundheit oder des Nahverkehrs wieder öffentlich zu organisieren und zu betreiben.

Foto: Michael Beierl | 749800 | pixello.de



Menschen und Kommunen bei Energiewende unterstützen: Die Energieberater

+2 Mio. Euro

Es gibt verschiedenste Förderprogramme und technische Möglichkeiten zur Einsparung von Energie und zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Doch obwohl Investitionen in Privathaushalte, öffentliche Gebäude und in Betrieben ökonomisch und ökologisch absolut sinnvoll wären, scheitern sie oft an fehlendem Überblick. Wir wollen deshalb, dass in jedem Kreis und in jeder kreisfreien Stadt Energiebeauftragte beratend und unterstützend tätig sind. Sie sollen regionale Energie- und Klimaschutzpläne erarbeiten, Förderprogramme bündeln und Privathaushalte, die öffentliche Hand und Betriebe kostenlos beraten.

Für Demokratie und Freiheit –

-6 Mio. Euro

Nein zu Schnüffelstaat und Verfassungsschutz

Geheimdienste, die unkontrolliert die Bevölkerung bespitzeln und überwachen, gefährden und zerstören Demokratie und Freiheit. Und Geheimdienste, die in einem Netz von V-Leuten und obskuren Ermittlern sogar mit dem rechten Terrormilieu verwoben sind, gehören abgeschafft. Auch der Hessische Inlandsgeheimdienst ‚Verfassungsschutz‘ wurde seit 2001 mit immer weiteren Mitteln aufgebläht und hat bei der Bekämpfung rechter Gewalt völlig versagt. Wir wollen den Hessischen Inlandsgeheimdienst schrittweise auflösen. Gegen anti-demokratische, rassistische und menschenfeindliche Gefährdungen soll es stattdessen eine unabhängige Anstalt des öffentlichen Rechts für Demokratie und Menschenrechte geben, die auch wissenschaftlich arbeitet und unterstützt, ohne V-Leute und ohne das Recht auf Schnüffelei!

Neofaschismus bekämpfen –

+6 Mio. Euro

zivilgesellschaftliches Engagement fördern

Hessen hat weiterhin mit neo-faschistischen Strukturen und Nazi-Gewalt zu kämpfen. Wir fordern seit Jahren Bildungs- und Präventionsarbeit – nicht vom Verfassungsschutz, sondern von zivilen Vereinen und Organisationen. Denn anders als der Verfassungsschutz arbeiten diese demokratisch und transparent und sind nicht Teil der braunen Szene. Wir wollen jährlich gut zwei Millionen Euro für ein Aktionsprogramm gegen Neo-Faschismus bereitstellen. Diese Fördermittel können mit Programmen des Bundes gekoppelt werden und sollen Gruppen, Initiativen, Vereine und Projekte unterstützen, die sich der Jugendaus- und -weiterbildung, der Förderung von interkulturellen Begegnungen sowie dem zivilgesellschaftlichen Engagement gegen Neo-Faschismus widmen.

Überstunden und Belastung abbauen – Polizeidienststellen im ländlichen Raum erhalten

+3 Mio. Euro

Die Hessische Polizei hatte starke Personalkürzungen in der Vergangenheit und wird hohe, jahgangsbedingte Abgänge in der Zukunft verkraften müssen. Einzelne Dienststellen sind kaum noch zu besetzen, es gibt Millionen an Überstunden und in den nächsten Jahren werden durch die Arbeitszeitreduzierung hunderte weitere Stellen fehlen. Wir wollen eine sofortige Erhöhung der Kapazität bei Anwärtnerinnen und Anwärtern auf gut 200 Stellen pro Jahr, damit innerhalb der nächsten Jahre neues Personal in die Dienststellen kommt.

Faire Bezahlung und Arbeitszeiten im Öffentlichen Dienst! **+336 Mio. Euro**

Die hessischen Beamtinnen und Beamten haben mit 42 Wochenstunden die längste Wochenarbeitszeit und mit 67 Jahren auch die längste Lebensarbeitszeit in ganz Deutschland. Dennoch vollzieht die Landesregierung reale Lohnkürzungen, nämlich durch eine Nullrunde und Streichungen bei der Beihilfe. Wir wollen die Arbeitszeit, wie in allen Bundesländern, auf 40 Stunden begrenzen und die Beamtinnen und Beamten am abgeschlossenen Tarifergebnis teilhaben lassen.



Recht

Lohnerhöhung für Gefangene

+7,3 Mio. Euro

Den Inhaftierten werden derzeit für ihre im Vollzug geleistete Arbeit nur sehr geringe Stundenlöhne gezahlt. In der höchsten Lohnstufe erhalten die Gefangenen beispielsweise 1,95 Euro pro Stunde Arbeit. Die Lohnhöhe muss schrittweise an den geltenden Mindestlohn angepasst werden. Denn es ist völlig inakzeptabel, dass der Freiheitsentzug von Gefangenen durch eine sozial- und arbeitsrechtliche Diskriminierung zusätzlich verschärft wird. Inhaftierte fühlen sich zu recht ausgebeutet. Um Altersarmut zu vermeiden müssen wir es schaffen, dass auch Gefangene in die Rentenversicherung einbezogen werden. Eine Verdopplung des Lohns ist ein erster Schritt. So wird den Inhaftierten zudem erleichtert, Entschädigungsansprüche von Opfern zu erfüllen.

10 Prozent mehr Stellen im Strafvollzug für konsequente Resozialisierung der Inhaftierten

+10 Mio. Euro

Ziel des Vollzugs von Freiheitsstrafen ist die Wiedereingliederung der Gefangenen in die Gesellschaft. Diese setzt auch die Aufrechterhaltung sozialer Kontakte voraus. Dies geschieht sowohl durch Besuche von Freunden und Familie in der Justizvollzugsanstalt (JVA), aber vor allem auch durch Ausführung der Inhaftierten. Um beides in hinreichendem Maße zu ermöglichen, muss genügend Personal vor Ort sein. Im Übrigen sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des allgemeinen Vollzugsdienstes auch wichtige Ansprechpartnerinnen und -partner für die Inhaftierten. Diese sind jedoch aufgrund des massiven Stellenabbaus oft überlastet, der Krankenstand liegt bei mehr als 10 Prozent. Um die Situation der Inhaftierten zu verbessern und die Bediensteten zu entlasten, muss das Personal entsprechend aufgestockt werden.

Keine Privatisierung des Strafvollzugs – privatisierte Dienste in der JVA Hünfeld rückverstaatlichen

-5,8 Mio. Euro

Der Vollzug von Freiheitsstrafen ist kein Geschäft und darf nicht Privaten übertragen werden. Privatisierungen sind daher auszuschließen bzw. soweit bereits vorgenommen, rückgängig zu machen. Dienste, die in privater Trägerschaft erbracht werden, sollen auf das Land Hessen zurück übertragen und künftig wieder von Landesbediensteten erbracht werden. Deshalb werden die Aufwendungen für die Betreibergesellschaft in der JVA Hünfeld mit 5,8 Mio. Euro aus dem Haushalt gestrichen.

Konsequente Umsetzung des Resozialisierungsziels – vorzeitige Entlassung aus der Haft **-5,5 Mio. Euro**

Eine gute Sozialprognose ist eine essentielle Voraussetzung für eine vorzeitige Entlassung der Gefangenen nach § 57 StGB. Eine Vollzugsplanung, die das Resozialisierungsziel ernst nimmt, versetzt die Gefangenen in die Lage, vom Gericht eine Aussetzung der Reststrafe nach § 57 StGB auf Bewährung zugesprochen zu bekommen und so ihre Haftzeit zu verkürzen. Hierauf ist hinzuwirken. Positiver Nebeneffekt ist eine Kostenersparnis.

Konsequente Umsetzung des Erziehungsziels – vorzeitige Entlassung aus dem Jugendvollzug **-1,2 Mio. Euro**

Das Ziel des Jugendstrafrechts ist es, erneuten Straftaten der Jugendlichen und Heranwachsenden entgegen zu wirken. Diese Aufgabe erfüllen stationäre Sanktionen ausweislich der Rückfallstatistiken jedoch nicht. Um diese negativen Folgen des Freiheitsentzuges so gering wie möglich zu halten, ist konsequent auf eine vorzeitige Entlassung hinzuwirken.

Tierschutz

Konsequente Förderung des Tierschutzes **+150 Tsd. Euro**

Tierschutzvereine übernehmen vielerorts wichtige Tierschutzaufgaben, die als öffentliche Aufgaben einzustufen sind. Die zusätzlichen Mittel sollen auf Antrag etwa von Tierschutzvereinen verausgabt werden, um diese bei ihren Aufgaben zu unterstützen. Hierzu gehört insbesondere die Instandhaltung von Tierheimen oder auch die Kosten für Versorgung von Fundtieren oder Abgabetieren sowie verletzter oder verwaister Wildtiere.



Foto: Gischott | #738496 | pixelio.de

Integration

Verbesserung der psychosozialen Versorgung traumatisierter Flüchtlinge

+925 Tsd. Euro

Ein Großteil der Flüchtlinge hat im Heimatland oder auf der Flucht Traumatisches erlebt. Viele wurden Opfer von Gewalt oder Folter. Sie brauchen dringend therapeutische Versorgung. Neben psychiatrischen Abteilungen in Krankenhäusern oder an Universitätsambulanzen sind es in Hessen vor allem zwei Behandlungszentren in Frankfurt, die psychisch kranke und traumatisierte Flüchtlinge behandeln. Zur Verbesserung der aktuellen Versorgungssituation sind Mittel für eine Personalverdoppelung an diesen beiden vorhandenen Behandlungszentren erforderlich. Drei neue Zentren in Nordhessen, Mittelhessen und Südhessen sollen die vorhandenen Strukturen im Rhein-Main-Gebiet entlasten und die Versorgung von therapiebedürftigen, traumatisierten Flüchtlingen in ganz Hessen gewährleisten.

Unabhängige Asylverfahrensberatung in der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung (HEAE) und ihren Außenstellen

+4 Mio. Euro

Ein faires Asylverfahren setzt kompetente Beratung der Asylsuchenden in der komplizierten Materie des Asylrechts voraus. Asylsuchende brauchen Informationen zu Möglichkeiten, Grenzen und Folgen des Asylverfahrens, zu Verfahren gemäß der Dublin-III-Verordnung, und sie benötigen Hilfestellungen bei der Asylantragstellung. Die bestehende Verfahrensberatung in der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung (HEAE) in Gießen soll gestärkt und neue Beratungsstellen in den Außenstellen eingerichtet werden.

Kostenfreie Deutschkurse unabhängig vom Aufenthaltsstatus

+2,4 Mio. Euro

Migrantinnen und Migranten sowie Flüchtlingen soll diskriminierungs- und kostenfreier Zugang zu Deutschkursen eröffnet werden. Diese Chance besteht bislang nur im Rahmen der sogenannten Integrationskurse, an denen Asylsuchende nur dann teilnehmen können, wenn ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist (derzeit nur Menschen aus Iran, Irak, Syrien, Eritrea). Menschen, die über eine Duldung nach § 60a, Absatz 2, Satz 3, AufenthG oder eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25, Absatz 5, AufenthG verfügen, können nur dann an den Kursen teilnehmen, wenn Kapazitäten vorhanden sind. Flüchtlinge aus angeblich sicheren Herkunftsstaaten sind von vornherein von den Kursen ausgeschlossen.

Unterbringungskosten von Flüchtlingen vollständig erstatten

+335 Mio. Euro

Asylsuchende haben einen Anspruch auf menschenwürdige Unterbringung. Die Zustände in manchen hessischen Gemeinschaftsunterkünften sind aber katastrophal. Die Pauschalen, die das Land den Kommunen für die Unterbringung von Flüchtlingen zahlt, sind unzureichend. Um eine menschenwürdige Unterbringung von Asylsuchenden zu ermöglichen, sollen die den Kommunen entstehenden Kosten für Unterkunft, Lebensunterhalt, soziale Betreuung und ärztliche Behandlungen von Asylsuchenden vollumfänglich erstattet werden.

Flächendeckende, unabhängige Flüchtlingsberatung

+ 2,6 Mio. Euro

Asylsuchende benötigen nach ihrer Zuweisung zu den Gebietskörperschaften Orientierung und Begleitung. Insbesondere bei psychosozialen Problemen, in Zusammenhang mit sozialleistungsrechtlichen Fragestellungen, bei der Familienzusammenführung, beim Zugang zum Arbeitsmarkt oder etwa bei der Abklärung von Perspektiven – einschließlich Rückkehr und Weiterwanderung – besteht Beratungsbedarf. Hierzu ist eine unabhängige und flächendeckende Beratungsstruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten erforderlich.

Einrichtung von drei regionalen

+900 Tsd. Euro

Antidiskriminierungsstellen und eines Rechtshilfefonds

Drei unabhängige und regionale Beratungsstellen sollen für Betroffene einen einfachen Zugang zur Antidiskriminierungsberatung ermöglichen. Zu einem effektiven Diskriminierungsschutz in Hessen gehört auch die Einrichtung eines Rechtshilfefonds für Betroffene von Diskriminierung.

Die Beratungsstellen sollen helfen, die Vielschichtigkeit von Diskriminierungen aufzuzeigen und zu deren Abbau beizutragen. Neben der rassistischen Diskriminierung aufgrund der (realen oder vermuteten) Herkunft sind hier zu nennen: Diskriminierung Älterer und Menschen mit Behinderungen sowie die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung.

Solche Diskriminierungen machen sich insbesondere bei der Wohnungssuche, auf dem Arbeitsmarkt, in Bildungseinrichtungen oder in anderen Lebenslagen bemerkbar. Zwar hat das Land eine Antidiskriminierungsstelle eingerichtet, jedoch ist zu befürchten, dass diese Stelle wegen der personellen Unterbesetzung und der fehlenden Unabhängigkeit nicht ausreichen wird, um den vielfältigen Formen von Diskriminierung effektiv zu begegnen.

Wohnen

Sozialwohnungsbestand deutlich ausweiten

30 Mio. Euro

Bereits seit vielen Jahren sinkt der Bestand an Sozialwohnungen in Hessen, da der geringen Zahl an neuen Sozialwohnungen eine immer größer werdende Zahl an aus der Sozialbindung fallenden Wohnungen gegenübersteht. Alleine im Zeitraum vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2014 ist die Zahl an Sozialwohnungen um weitere 8.000 Wohneinheiten gesunken. Gleichzeitig wuchs die Zahl der anspruchsberechtigten Wohnungssuchenden auf fast 45.000 an. Die Folge dieses Wohnraummangels sind überdurchschnittliche Mietsteigerungen im Rhein-Main-Gebiet und den größeren Städten in Nord- und Mittelhessen. Zu dieser bereits seit Jahren bestehenden Unterversorgung mit preiswertem Wohnraum kommt nun zusätzlich noch die Unterbringung der Flüchtlinge aus den Kriegs- und Krisenregionen hinzu. Die Menschen, die vor Krieg und Terror aus ihren Heimatländern geflüchtet sind, müssen ebenfalls menschenwürdig untergebracht werden.

Wir wollen daher dem jahrzehntelangen Trend vom Abbau von Sozialwohnungen entgegnetreten. In den vergangenen Jahren haben wir daher ein jährliches Neubauprogramm von 4.000 Sozialwohnungen gefordert. Dies reicht jedoch bei Weitem nicht mehr aus! Um die stetig wachsende Zahl von anspruchsberechtigten Haushalten und die Flüchtlinge schnellstmöglich unterzubringen, ist ein Förderprogramm zu erstellen, das jährlich die Schaffung von 10.000 neuen Sozialwohnungen vorsieht. Dabei kann es sich sowohl um Neubauten, als auch um Umbauten von leer stehenden Büros handeln.

Angemessenen Wohnraum für Studierende schaffen

40 Mio. Euro

Für die wachsende Zahl von Studierenden gibt es kaum angemessene Wohnheimplätze oder Wohnungen. Für die 244.000 Studierenden stehen nur 15.500 Wohnheimplätze zur Verfügung, das sind nur ca. sechs Prozent, während in anderen Bundesländern zumindest für zehn Prozent der Studierenden studentischer Wohnraum zur Verfügung gestellt wird. Dieser unhaltbaren Situation muss mit einem Förderprogramm begegnet werden, welches die Wohnsituation der Studierenden deutlich verbessert.

Wir wollen, dass jährlich 2.000, den heutigen Standards entsprechende, zusätzliche Studierendenwohnungen zur Verfügung gestellt werden. Ebenso wie bei den Sozialwohnungen kann es sich hierbei auch um Umbau von leer stehenden Büros handeln.

Der Spaltung zwischen Arm und Reich entgegenzutreten – **+3 Mio. Euro** Ausweitung des Programmes „Soziale Stadt“

Das Auseinanderdriften von Arm und Reich schlägt sich auch in Form räumlicher Trennung nieder: Reichtumsviertel auf der einen Seite, sogenannte ‚soziale Brennpunkte‘ auf der anderen Seite. Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ sollte dem entgegenwirken – durch Maßnahmen, die das Wohnumfeld verbessern, Maßnahmen der Integration und der lokalen Kinder- und Jugendhilfe.

Aber der Bundesanteil wurde von Schwarz-Gelb Ende 2010 zusammengestrichen – trotz Warnung des Deutschen Städtetages. Wir fordern das Programm zu verstetigen und auszuweiten. Hierbei sind auch dauerhafte Stellen zu schaffen. Ein Schwerpunkt muss dabei auf der nachhaltigen Integration von Migrantinnen und Migranten liegen.

Foto: Wicki58 | 20389949 | istockphoto.com



*Mehrausgaben**Ergebnis in Tsd. €***Bildung**

Ganztagsangebote (2.500 Lehrer)	-195.850,0
Flüchtlinge beschulen (1.200 Lehrer, Schulsozialarbeiter, Traumatherapeuten)	-180.000,0
Qualitätsoffensive Bildung (2.000 Lehrer)	-156.680,0
Schülerbeförderung	-30.000,0
Schulpsychologische Betreuung	-19.585,0
Lernmittelfreiheit	-12.000,0
Schulsozialarbeit	-4.583,3
Schulverantwortliche DAZ	-4.300,0
Rücknahme der Kürzungen an den Gymnasien	-3.000,0
Lebenslanges Lernen	-2.000,0
Beratungsstellen Inklusion	-1.200,0
Rücknahme der Kürzungen an beruflichen Gymnasien	-1.000,0
Weiterbildung von Lehrkräften	-1.000,0
JEKI	-900,0
Schulobstprogramm	-500,0
	-612.598,3

Personal

40-Stunden-Woche	-211.000,0
Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamt_innen	-125.000,0
Keine Kürzung der Beihilfe	-20.000,0
Kein Stellenabbau im öffentlichen Dienst	-17.500,0
900 zusätzliche Azubis im Landesdienst	-12.073,5
	-385.573,5

Kommunen

KFA	-345.000,0
Pauschalen für Flüchtlingsunterbringung auf 1.000 Euro anheben	-335.000,0
	-680.000,0

*Mehrausgaben**Ergebnis in Tsd. €***Wissenschaft und Kunst**

Förderung der Studierendenwerke	-160.000,0
Rücklage für den Rückkauf des UKGM	-50.000,0
Museums-, Ausstellungs- und Künstlerförderung	-1.301,3
Musikförderung	-296,6
Literaturförderung	-250,0
Filmförderung	-124,0
Kompetenzstelle Zivilklausel	-100,0
	-212.071,9

Wirtschaft und Verkehr

Förderung des ÖPNV-Angebots	-40.000,0
ÖPNV Infrastrukturförderung	-40.000,0
Energie	-30.000,0
Pilotprojekt Klimaneutraler ÖPNV	-14.000,0
Programme zur Erstausbildung	-13.767,5
Lärmschutz an Landesstraßen	-10.000,0
Förderung der beruflichen Bildung	-1.500,0
Überbetriebliche Berufsbildungsstätten	-1.000,0
Radwegekampagne	-500,0
Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit	-260,5
Wirtschaftsförderungskonzept für Nordhessen	-250,0
Radkurse für Erwachsene	-10,0
	-151.288,0

Soziales

Konnexitätsgerechter Ausgleich Kinderbetreuung	-179.000,0
Krankenhausfinanzierung	-20.000,0
Öffentlicher Beschäftigungssektor	-12.500,0
Frauenhäuser, Beratungsstellen sowie Suchthilfe	-11.000,0
Altenpflegeausbildung	-6.800,0
Sprachkurse unabhängig vom Aufenthaltsstatus	-2.400,0
Ambulante Hilfen für psychisch kranke Menschen	-1.500,0
Gehörlosengeld	-1.400,0
Maßnahmen zur beruflichen Integration von Frauen	-1.200,0

<i>Mehrausgaben</i>	<i>Ergebnis in Tsd. €</i>
Unterstützung Kommunen bei Gesundheitsinfrastruktur	-1.000,0
Pflegestützpunkte und Seniorenberatungsstellen	-1.000,0
Antidiskriminierungsstelle	-900,0
Unabhängige Erwerbslosenberatung	-800,0
Teilhabekarte ausbauen	-760,0
Hilfe statt Knast	-600,0
Arbeitsprojekte in der Suchthilfe	-570,0
Medizinische Dolmetscherdienste	-500,0
Stelle zur Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes	-140,0
Ombudsstelle Kinderrechte	-120,0
	-242.190,0

Flüchtlinge

Asylverfahrensberatung	-4.000,0
Ehrenamtlichenkoordination	-2.750,0
Unabhängige Flüchtlingsberatung	-2.600,0
Psychosoziale Zentren	-925,0
	-10.275,0

Wohnen und Umwelt

Sanierung von Abwasseranlagen	-46.000,0
Förderung des studentischen Wohnraums	-40.000,0
Förderung von 10.000 Sozialwohnungen jährlich	-30.000,0
Zusätzliche Stellen und Azubis bei Hessen-Forst	-7.700,0
Soziale Stadt	-3.000,0
Energiebeauftragte	-2.000,0
Lebensmittelüberwachung	-1.900,0
Pachtfreie Flächen für Windenergie	-1.600,0
Klimaschutzplan	-1.600,0
Verbraucherschutz	-1.134,0
Gesamtbelastungsstudie (Ballungsraum Rhein-Main)	-845,5
Tierschutz	-150,0
AKW Biblis Rückbau-Beirat	-100,0
	-136.029,5

*Mehrausgaben**Ergebnis in Tsd. €***Innenressort**

Aktionsprogramm gegen Rechts	-6.000,0
200 Polizeianwärterstellen	-2.964,8
Kompetenzzentrum Rekommunalisierung	-355,0
	-9.319,8

Justiz

10 Prozent mehr Stellen im Justizvollzug	-9.970,6
Gefangenenbezüge	-7.277,9
Gefangenenverpflegung	-4.886,6
	-22.135,1

Finanzen

Steuerfahndung und Betriebsprüfung	-7.834,0
Korruptionsschutz und Überwachung des Vergabegesetzes	-5.000,0
	-12.834,0

Zwischensumme	-2.473.515,1
darin Verpflichtungsermächtigungen für Folgejahre	-131.000,0
Mehrausgaben im Jahr 2016	-2.343.315,1

Minderausgaben

Verfassungsschutz auf den Stand des Jahres 2006	6.000,0
Abschaffung der Schulinspektion	5.354,9
Stärkung der Resozialisierung	5.500,0
Verzicht auf PPP	5.000,0
Förderung von öffentlichen Unternehmen und Stiftungen	4.750,1
Repräsentation beim Bund	4.415,8
European Business School (EBS)	1.319,0
Stärkung der Resozialisierung im Jugendvollzug	1.200,0
Abschaffung der zentralen Lernstandserhebung	835,6
Landesbeauftragter Heimatvertriebene	12,0
JVA Hühnfeld	0,0
	34.387,4

*Mehrausgaben**Ergebnis in Tsd. €***Mehreinnahmen**

Vermögensteuer	1.500.000,0
Erbschaftsteuer	600.000,0
Verbesserter Steuervollzug	160.000,0
Wassercent	75.000,0
	2.335.000,0

Haushaltsverbesserungen	2.369.387,4
Mehrausgaben	-2.343.315,1
Reduzierung der Netto-Neuverschuldung 2016	26.072,3

Quellenangaben

1. Umschlagseite | Foto: Hanna Hoeft
 S. 5 | Foto: Doreen Tomkowitz
 S. 8 | Foto: Hanna Hoeft
 S. 12 | Foto: Alexander Raths | fotolia.com
 S. 15 | Foto: moodboard | 5258343 | fotolia.com
 S. 22 | Foto: Michael Beierl | 749800 | pixelio.de
 S. 24 | Foto: Fraktion DIE LINKE.
 S. 26 | Foto: Gischott | 738496 | pixelio.de
 S. 30 | Foto: Wicki58 | 20389949 | istockphoto.com

*DIE LINKE. Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1–3
65183 Wiesbaden*

Tel.: 0611 350 60 90

Fax: 0611 350 60 91

E-Mail: die-linke@ltg.hessen.de

Web: linksfraktion-hessen.de

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG